

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1946**

13 (27.7.1946)



# Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 13

Mannheim, den 27. Juli 1946

Preis 10 Pfg.

## Im Auftrag des Volkes?

### Noch einmal: Mannheimer Bürgermeisterwahl!

Weit über die Mauern Mannheims hinaus haben die Vorgänge um die Mannheimer Bürgermeisterwahl die Gemüter erregt. Insbesondere in den Kreisen der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Wähler schlugen die Wogen der Erregung so hoch, daß sie sich bis heute noch nicht geglättet haben. Die sozialdemokratischen Arbeiter und die Wähler der SPD können es immer noch nicht verstehen, — wir auch nicht —, daß die sozialdemokratische Stadtratsfraktion und die Parteileitung der SPD, anstatt dem Willen ihrer Wähler gemäß als stärkste Partei den Oberbürgermeister von Mannheim zu stellen, sich auf einen Kuhhandel mit den alten Koalitionsfreunden von vor 1933 eingelassen hat. „Da hätten wir gleich CDU wählen können“, sagen Tausende und Abertausende von Wählern und bringen damit zum Ausdruck, was sie damit meinten, als sie ihre Stimme der SPD gaben. Sie sind schmählich enttäuscht worden. In München, der Hauptstadt aller Reaktionäre in Deutschland, hat die SPD die Wahl des CDU-Oberbürgermeisters Scharnagl mit dem Verlust von 23 000 Stimmen bezahlen müssen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dieselbe Erscheinung in Mannheim zu verzeichnen gewesen wäre, wenn man die Bürgermeisterwahl nicht hinausgezögert hätte.

Nun ist die sozialdemokratische Stadtratsfraktion und Parteileitung in ziemlicher Verlegenheit, ihr Verhalten vor der breiten Mitgliedschaft und den Wählern zu rechtfertigen. Ein Teil der sozialdemokratischen Funktionäre ist bestrebt, den Vorstand zu decken, einfach deswegen, weil einige Hundert von ihnen zweifellos darauf warten, im Verlauf der nächsten zwei Jahre bei der Stadt „eingebaut“ zu werden. Um diesen Preis kann man auch einen kleinen Verrat an dem von der Mannheimer Arbeiterschaft und den Wählern der SPD erteilten Auftrag in Kauf nehmen.

Die Kommunistische Partei hat die sozialdemokratischen Genossen unablässig gemahnt, ihrer Pflicht gegen das schaffende Volk eingedenk zu sein, jedoch sie haben das Bündnis mit den alten Partnern von vor 1933 vorgezogen, sehr gegen den Willen ihrer Wähler. Der Parteisekretär Genosse Sommer fand in der Mannheimer Zeitung „Der Morgen“ nur sehr schwache Worte der Verteidigung, die niemand überzeugen konnten. Er hat allerdings eine Rechtfertigung in „geeigneter Form“ angekündigt. Diese läßt bis jetzt auf sich warten; indessen ist eine ausgedehnte, lügenhafte Flüsterpropaganda im Gange nach dem bewährten Muster des hinkenden Teufels der Nazipropaganda, der auf den Grundsatz schwor, man müsse der Masse eine Lüge solange einhämmern, bis sie daran glaubt.

Im allgemeinen ist die Spekulation auf die Unwissenheit, Gedankenlosigkeit und Leichtgläubigkeit des deutschen Michels

auch heute noch eine erfolgversprechende Methode. Aber in diesem Falle liegen die Dinge so klar, daß sie nur bei den wenigen Hundert verfangen, die wir vorhin geschildert haben. Die Arbeiter wissen, daß diejenigen, welche diese üblen Lügen kolportieren, gewollt oder ungewollt im Dienst der Reaktion stehen. Eindeutig steht fest, daß der CDU-Oberbürgermeister Braun von der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion gewählt wurde; ohne ihre Stimmen hätte die CDU nur den viel unbedeutenderen zweiten stellvertretenden Bürgermeister erringen können. Die Kommunisten gaben ihre Stimmen dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Trumpp-

heller, der mit den Stimmen seiner Parteigenossen unbestritten Oberbürgermeister geworden wäre.

Es lag ganz in der Hand der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, der Stadt Mannheim eine fortschrittliche Stadtleitung von folgender Gestalt zu geben:

- Oberbürgermeister . . . . . SPD
- 1. Bürgermeister . . . . . SPD
- 2. Bürgermeister . . . . . CDU
- 3. Bürgermeister . . . . . SPD oder KPD

Diese große Möglichkeit, ja diesen Auftrag, der ihr von den breitesten Wählerschichten erteilt war, hat die Stadtratsfraktion der SPD mißachtet, und damit die Interessen des schaffenden Volkes von Mannheim um ein Linsengericht aus den Händen gegeben.

Der Stadtrat hatte ursprünglich beschlossen, außer einem Oberbürgermeister noch drei weitere Bürgermeister zu wählen, und die kommunistische Partei hatte sich bereiterklärt, den dritten Bürgermeister zu stellen, das heißt ihren Teil an Verantwortung für die Geschicke unserer Stadt zu übernehmen. Eine erneute Stadtratsitzung warf diesen Beschluß wieder um und zog es vor, mit den Stimmen der sozialdemokratischen Stadträte, und entgegen dem ausdrücklichen Widerspruch der Kommunisten, nur zwei Bürgermeister zu wählen. Niemals haben es die Kommunisten abgelehnt, verantwortlich mit Hand anzulegen an dem Aufbau unserer Stadt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Entgegen allen verleumderischen Flüsterparolen existiert auch nirgends ein Dokument, mit welchem ein kommunistisches Stadtratsmitglied sich durch Unterschrift verpflichtet hätte, seine Stimme dem CDU-Kandidaten zu geben. Die gemeinen Lügenmäuler wollen aber wissen, daß sogar der Vorsitzende der KPD, der allen Mannheimern und badischen Arbeitern bekannte Arbeiterführer, Paul Schreck, wegen einer solchen Unterschrift unmittelbar vor dem Ausschuß aus der Kommunistischen Partei stünde.

Mit Abscheu wenden sich alle Arbeiter und fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Mannheimer Bevölkerung von den heimtückischen Brunnenvergiftungen ab, welche ihr dunkles Handwerk zum Schaden des demokratischen Aufbaues betreiben. Die Kommunistische Partei wird unbeirrt von allen offenen und versteckten Anwürfen ihren Weg gehen, um wirklich demokratische Verhältnisse in unserer Heimat zu schaffen. Sie wird sich nicht provozieren und auf das Gebiet einer unfruchtbaren und negativen Polemik ablenken lassen, sondern all ihre Kraft dafür einsetzen, daß durch das Zusammenwirken der beiden Arbeiterparteien und aller fortschrittlichen Männer und Frauen die Not unseres Volkes überwunden und eine demokratische Wirtschaft, eine demokratische Verwaltung, demokratische Gemeinden, ein neues antifaschistisch-demokratisches Deutschland geschaffen wird.

*Ich sitze hier in meinem Keller,  
bei mir gibts keinen leeren Teller  
was kümmert mich des Volkes Not,  
ich sterbe keinen Hungertod.*



*Das ist das Lösungswort der Schieber  
wollt ihr nicht hungern, schlägt sie nieder*

### 120 000 Kriegsgefangene kehren aus der Sowjetunion zurück

Ein gefährliches Greuelmärchen findet sein Ende. Die 120 000 Kriegsgefangenen, die in der Zeit vom 20. Juli bis 15. Oktober aus der Sowjetunion zurückkehren, werden dazu beitragen, der Hetze und Lügenpropaganda über die Sowjetunion ein Ende zu bereiten. Die Stadt Frankfurt/Oder hat sich bereits auf den Empfang der Kriegsgefangenen eingerichtet, die dort über ein Durchgangslager in ihre Heimat weitergehen. 50 000 Kriegsgefangene werden bis 15. August über die Oder nach Deutschland kommen, weitere 30 000 bis zum 15. September und die restlichen 40 000 bis zum 15. Oktober. Die ersten Transporte sind bereits in Frankfurt/Oder eingetroffen. Es sind dies hoffentlich die Vorbote weiterer Entlassungen. Wir werden hören, was sie uns zu erzählen haben. Wir sind sicher, daß eine Reihe von notorischen Brunnenvergiftungen jetzt gezwungen sein wird, sich neuen Stoff zu suchen.

Arbeit für die Errichtung dieser großen Anlagen geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:  
Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.  
Wilhelm Pieck.

knecht eine menschenwürdige Regierung den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Badische Landesbibliothek



## Alle Schaffenden Mitverantwortlich!

### Die Betriebsvertretungen müssen das Mitbestimmungsrecht durchsetzen

Die Entwicklung der letzten Monate hat es deutlich gezeigt, daß es der Wille der gesamten organisierten Arbeiterschaft ist, das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben durchzusetzen. Politisch und volkswirtschaftlich gesehen ist dies eine der wichtigsten Forderungen, ja, geradezu eine Lebensfrage der neuen Demokratie.

Solange eine zentrale Regelung noch nicht erreicht ist, ist es die Aufgabe der Betriebsvertretungen, das Mitbestimmungsrecht in ihrem Bereiche durchzusetzen. Erfolgreicherweise ist es schon in einer ganzen Reihe hessischer Betriebe gelungen, Vereinbarungen zwischen Betriebsvertretungen und Geschäftsleitung zu erreichen, die die Mitsprache der Arbeitnehmer sichern.

Wie müssen solche Vereinbarungen beschaffen sein? Abgesehen von den bisherigen bekannten Aufgaben hat die Betriebsvertretung noch die folgenden:

1. Säuberung der Betriebsleitungen von allen Naziaktivisten.
2. Überwachung der wirklichen Auflösung von Konzernen.
3. Gemeinsam und gleichberechtigt mit der Geschäftsleitung für einen mög-

lichst hohen Stand und größtmögliche Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen.

4. Gleichberechtigt bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuwirken.
5. Einstellungen und Entlassungen sollen durch die Betriebsleitungen nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgen.

Ein von der Betriebsvertretung gebildeter Ausschuss soll Einsicht in alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge erhalten. Ferner ist ihm von der Betriebsleitung monatlich ein Bericht über die Lage des Unternehmens und den zu erwartenden Arbeitsbedarf zu erstatten. Bei allen Fragen der Planung neuer Produktionen, des Ein- und Verkaufs von Maschinen und Werkseinstellungen u. a. m. soll die Betriebsvertretung gehört werden und gleichberechtigt mitwirken.

Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, Vereinbarungen dieser Art in allen Betrieben zu erreichen. Das wird ein entscheidender Schritt zur Neugestaltung der Wirtschaft sein.

## Die Grundlagen des Marxismus

### III.

Marxistische Wissenschaft ist kritische Wissenschaft, kritisch im Sinne des historischen Materialismus, kritisch gegenüber der bürgerlichen Welt. Die Tatsachen zwingen dazu, „die ganze bisherige Geschichte einer neuen Untersuchung zu unterwerfen, und da zeigte sich, daß alle bisherige Geschichte, mit Ausnahme der Urzustände, die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft immer Erzeugnisse der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche sind; daß also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der weltlichen und politischen Einrichtungen, sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweisen eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären sind.“

So gesehen, stellt der Kampf der deutschen Bauern gegen den mittelalterlichen Feudalismus einen ersten gewaltigen Höhepunkt der bürgerlichen Revolution dar. „Der deutsche Bauernkrieg“ (RM 2.—) und „Zur Geschichte der Preussischen Bauern“ (RM 0,30) (beide Schriften im Verlag Neuer Weg, Berlin) sind zwei Kapitel dieses an Opfern reichen Kampfes, der nach dem Scheitern der ersten großen Bauernbewegung zur Folge hatte, daß „Deutschland für zweihundert Jahre aus der Reihe der politisch tätigen Nationen Europas gestrichen wurde.“ Die lutherische Reformation brachte es allerdings zu einer neuen Religion — und zwar zu einer solchen, wie die absolute Monarchie sie gerade brauchte. Kaum hatten die norddeutschen Bauern das Luthertum angenommen, so wurden sie auch von freien Männern zu Leibeigenen degradiert.

Wo Luther fehlschlug, da siegte Calvin. In seinen Lehren fand die zweite große Erhebung des Bürgertums, die Glorious Revolution (1689) ihre Sicherung. Der vollständige Sieg über die Aristokratie wurde in der französischen Revolution errungen. Von 1789 an war das Bürgertum und mit ihm die kapitalistische Produktionsweise herr-

schend. Scheidung des Produzenten vom Produkt, Gegensatz von Proletariat und Bürgertum. Der Weg zum modernen Sozialismus, wie Engels es in der Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (RM 1.—, Verlag Neuer Weg, Berlin) ausführt mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft enden.

„Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige, bewußte Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch in gewissem Sinn endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche (vergl. auch Fr. Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen (RM 0,30, Verlag Neuer Weg, Berlin). Der Umkreis, der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann vor den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Vergesellschaftung des Menschen, die ihm bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle des Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“

Alle angeführten Schriften sind gegen Einsendung des Betrages per Einschreibebrief beim Verlag Neuer Weg, Berlin C 2, Wallstraße 76—79, zu beziehen.

## Für die Einheit Deutschlands!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei beschloß in seiner Sitzung am 17. Juli:

Die Entwicklung Deutschlands zu einem demokratischen und friedfertigen Staat kann nur dann als gesichert betrachtet werden, wenn unser Volk die Mittel zu einer selbständigen nationalen Existenz belassen werden, nur unter dieser Voraussetzung kann das deutsche Volk auch die ihm auferlegten Reparationsverpflichtungen erfüllen. Der Parteivorstand der SED hat zur Deutschlanddebatte auf der Pariser Konferenz der Außenminister Stellung genommen und konstatiert mit Genugtuung, daß in den Erklärungen des sowjetischen Außenministers Molotow im Vergleich zu anderen Plänen Vorschläge entwickelt worden sind, die die Erhaltung der Existenzgrundlage und der nationalen Selbständigkeit des deutschen Volkes ermöglichen. Der Parteivorstand der SED begrüßt deshalb die von Molotow gemachten Vorschläge, daß Ruhrgebiet Deutschland zu belassen, weil es ohne das Ruhrgebiet nicht leben kann, Deutschlands Einheit zu wahren und alle föderativen Pläne, die eine Zerreißen in lebensunfähige Stücke bedeuten würde, fallen zu lassen.

### Die Fronten richtig gesehen

Der Labour-Abgeordnete Zilliacus schreibt in der englischen Zeitschrift: „Socialist Review“ No. 5 in einem hochinteressanten Artikel unter der Überschrift „Achtung — die Falle gegen die Roten ist aufgestellt.“

„Der Kampf geht nicht zwischen sozialer Demokratie einerseits und Kommunismus andererseits mit den Kapitalisten, Imperialisten, Finanzmagnaten und Truskönigen auf der Seite der sozialen Demokratie; der Kampf wird zwischen Sozialismus und Kapitalismus geführt. Das wollen wir nicht aus dem Auge verlieren. Wenn wir das vergessen, wäre die Labour-Regierung verloren.“

Eine Kriegserklärung an den Kommunismus bedeutet, gewollt oder nicht gewollt, ein Bündnis mit seinen Feinden.“

Zilliacus ist einer der 27 Abgeordneten, die eine Glückwunschadresse an den Vereinigungsparteitag der SED gesandt hatten.

### Deutschlands Einheit soll bestehen

Aus der geschichtlich bedeutsamen Rede Molotows in Paris:

„Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage über das Schicksal Deutschlands und des Friedensvertrages mit Deutschland besprechen müssen. Die Sowjetregierung nahm immer an, daß das Rachegefühl in solchen Angelegenheiten kein guter Berater ist... Ich glaube deshalb, daß die Aufgabe nicht darin besteht, Deutschland zu vernichten, sondern darin, es in einen demokratischen und friedliebenden Staat zu verwandeln... Die zukünftige deutsche Regierung muß eine demokratische Regierung sein, die imstande sein wird, die Reste des Faschismus in Deutschland auszurotten und die gleichzeitig fähig sein wird, die Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber zu erfüllen.“

### Gegenseitige Höflichkeiten

„Wir würden Demokraten sein, auch wenn die Engländer und Amerikaner Faschisten wären.“

Dr. Schumacher laut „Heute“, Nr. 14 „Die Rede Schumachers (im Poststadion) ähnelte an einigen Stellen der Redeweise Hitlers, wenn er sich mit schriller Stimme am Mikrophon überschrie...“

Der Berliner Korrespondent von „United Press“, USA.



# Einer von vielen . . .

Ein Leser schreibt uns:

Betroffen haben insbesondere die Lanz-Arbeiter den Artikel über die Freilassung des ehemaligen Direktors der Heinrich Lanz-Werke, Dr. Ehlers, aus der Haft in Ludwigsburg, gelesen.

Jeder, der auch nur kurze Zeit bei Lanz arbeitete, kennt diesen ehemaligen Gefolgschaftsführer. Direktor Ehlers, die verkörperte Brutalität. Direktor Ehlers, den würdigen Vertreter des Kapitals. Direktor Ehlers, den elendesten Menschenschinder.

Heute nach seiner Freilassung nimmt Ehlers im Garten seiner Villa in Neuostheim Sonnenbäder, während unsere Jungen, welche kaum den Kinderschuhen entwachsen sind, die Schuld dieser in Deutschland so vielen Ehlers noch in der Kriegsgefangenschaft verbüßen müssen.

So kann man wahrlich sagen: „Wacht auf Verdammte dieser Erde.“

**Herr Dr. Ehlers!**

Können Sie sich noch erinnern?

Ein Zug verschleppter Zwangsarbeiter aus dem Ostgebiet ist im „Hause Lanz“, wie Sie immer so nett sagten, eingetroffen. Männer, Frauen und Kinder. Hungernd und frierend stehen dieselben in der Abt. C des Werkes, ihres Schicksals harrend. Sie riefen eine Abteilungsversammlung ein und hielten den deutschen „Gefolgschaftsmitgliedern“ eine Rede. Wie sagten Sie doch unter anderem? „Holt das Letzte aus diesen ausländischen Hilfskräften heraus. Belehrt sie in Eurer Arbeit. Nützt jedoch eine einfache Belehrung der Dinge nichts, so schadet auch ab und zu eine handgreifliche Belehrung nichts.“

Ihre Belehrung der „Gefolgschaftsmitglieder“ hatte tatsächlich einen schlagenden Erfolg, denn Ihnen hündisch ergebene Nazis der Abteilung C teilten kaum eine Stunde nach Ihrer gemeinen Rede an die armen Menschen „handgreifliche Belehrungen“ aus. Sie waren der geistige Urheber.

Sie haben „Christine“, ein Russenmädchen, das überaus fleißig und brav in der Prüfstelle tätig war, aus Laune wegen nichts, von Samstag bis Montag, in eine enge dunkle Zelle, in den sogenannten „Prügelkeller“ eingesperrt.

Herr Dr. Ehlers, der „Tiger“, wie der Lanz-Arbeiter Sie taufte, dieses sind nur zwei Ihrer zahlreichen Brutalitäten als Beispiel Ihrer Gangsterarbeit. Ihr Platz ist nicht an der Sonne, sondern Sie gehören in ein Kohlenbergwerk nach Frankreich im Zuge eines Austausches unserer Kriegsgefangenen. Wir wollen nicht vergessen, daß Leute Ihrer Schlages es waren, die dem anständigen Teil unseres Volkes in der Welt einen schlechten Ruf gegeben haben, wofür Sie unbedingt zu büßen hätten.

V. Hartmann.

Wir hoffen hiermit zur Arbeit der Spruchkammer einen wertvollen Beitrag geliefert zu haben, die jetzt Gelegenheit hat, jeden nach seinen Taten, jeden nach seinem Verhalten „ganz individuell“ seinen Teil anzumessen.

## Warum erhalten die Kinder kein Eipulver?

Kinder unter 10 Jahren werden bei der Zuteilung von Eipulver nicht bedacht. Warum eigentlich? Haben sie dieses wichtige Nahrungsmittel weniger nötig als die Erwachsenen? Gerade die Kinder, die ja bekannterweise sehr schlecht ernährt sind, dürfen bei solchen Zuteilungen nicht vergessen werden, und müssen in der Versorgung besser behandelt werden als bisher.

# Gefangene und Gefangene!

I.

**Herrn Paul Schreck  
Mannheim (Nordbaden)  
Schlehenweg 29**

Abs.: ME 217727 Soldat Gerhard Herkel  
2775 Indep. German PW Wkg Cop POW  
Postal Section Middle East Egypt

31. 5. 1946.

Lieber Paul Schreck!

Voller Besorgnis verfolgen wir den Gang der politischen Entwicklung in weiten Teilen Deutschlands. Die Kräfte der Reaktion treten schon wieder fast offen auf den Plan. Wir sind der Ueberzeugung, daß in Deutschland gerade angesichts dieser für die Zukunft des deutschen Volkes gefährlichen Entwicklung die alten, unversöhnlichen Gegner des Faschismus um so dringender gebraucht werden. Sie zurückzuhalten, bedeutet also Sabotage an der demokratischen Erneuerung Deutschlands. Wir hätten verdient, daß unser persönliches Los gebührende Rücksicht findet. Das wäre keine Ueberheblichkeit. Aber wir denken bei unserer Forderung auf Entlassung in erster Linie an unsere Aufgabe, für die wir gekämpft haben, und für die wir uns weiter einsetzen werden. Offiziere bis zu Generälen, Ritterkreuzträger und andere Helden des Dritten Reiches, SS-Männer, sind schon zu Tausenden entlassen. Aber langjährige politische Häftlinge Hitlers sitzen noch hinter Stacheldraht. Wahrhaftig eine grausame Ironie, die zu steigender Verbitterung unter uns führt. Ich bitte Dich, Paul Schreck, im Namen aller Antifaschisten, alle Deine Verbindungen in Deutschland und über die Grenzen Deutschlands zu benutzen, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen.

Gerhard Herkel.

II.

**Dachau? Prima!**

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in den „Nürnberger Nachrichten“ folgenden Beitrag:

„Fast wäre ich irre in der Zeitrechnung geworden, als ich mich ins vollbesetzte Zugabteil hineinschob — die Atmosphäre vergangener Zeiten war übermächtig: Soldaten in knapp sitzenden Jacken, Reithosen und tollen Stiefeln, dazu Schirmmützen mit dem schwarzen Rand der einstigen Waffen-SS. Ja, gab es denn das tatsächlich noch? Hatte sich über Nacht das Rad der Zeit zurückgedreht? Die Neugierde blieb nicht lange unbefriedigt, die Unterhaltung war so harmlos-aufgeschlossen wie laut und der Redefluß grenzte beinahe ein wenig an „Angabe“. Die „fischen Jungs“, braungebrannt und munter, kamen direkt aus

Dachau (ja, aus dem selben Lager Dachau!). Von dort entlassen, haben sie nun die Absicht, sich ein bißchen in Deutschland umzusehen und zu prüfen, was geboten wird. Sie hoffen wohl, daß noch einige passende Stellen — am liebsten Landrat oder Pressechef — für sie frei sind!

Die Behandlung in Dachau hatte ihren ungeteilten Beifall gefunden. Alles hörte und staunte: Regelmäßige Zuteilung von 170 Zigaretten oder vier Päckchen Tabak im Monat, das Essen mit Dingen verschönt, die nur die amerikanische Küche noch zu bieten hat, und die Arbeit so wenig aufreibend, daß man vermuten konnte, die „Jungs“ kämen vom Pfingsturlaub zurück statt von Dachau. Vortrefflich hörten sich die Versicherungen an, daß der Lagerkommandant „auf Draht“ war, einige ließen sich sogar zu dem Ausdruck „prima“ hinreißen. Wie hätte sich der Mr. Commander über seine Schützlinge gefreut, wenn er die günstigen Urteile gehört hätte.“

Und was sagt die demokratische Öffentlichkeit dazu?

III.

Wie der Brief des PW Herkel aufzeigt, befinden sich noch tausende bewährter Antifaschisten als Kriegsgefangene hinter Stacheldraht, während Offiziere und Militaristen bei uns bereits wieder Schlüsselstellungen bekleiden oder aber Debatten um die Höhe ihrer Pensionen entfachen. Während die Angehörigen derer, die während des Dritten Reiches Jahre in den Gefängnissen und Kz's verbrachten und die als unversöhnliche Gegner des Faschismus für den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland unentbehrlich sind, auf die Rückkehr ihrer Väter und Söhne warten, kehren die wohlgenährten Mitglieder der einstigen Waffen-SS aus dem Erholungslager Dachau in unsere Dörfer und Städte zurück und verstärken die Front der heimlichen und offenen Reaktion.

Auch unsere Kriegsgefangenen werden alle heimkehren. Einige Eisenbahnzüge mit Angehörigen der Strafeinheit 999 sind soeben aus Jugoslawien zurückgekommen. Der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, hat in einer großen Versammlung in Berlin bekanntgegeben, daß bis zum 15. Oktober 120 000 deutsche Kriegsgefangene aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückkehren werden. Sorgen wir dafür, daß die Heimkehrer niemals mehr von der Reaktion und dem Militarismus mißbraucht werden können. Je eher wir wirklich demokratische Verhältnisse bei uns schaffen, desto rascher werden die Alliierten Vertrauen zu uns haben und unsere Kriegsgefangenen entlassen.

## Was wir nicht verstehen?

Bestimmte Kreise in Bayern haben recht merkwürdige Anschauungen über die Frage der Zugehörigkeit Bayerns zu Deutschland. Außer allem Zweifel scheint aber zu stehen, daß Bayern zur amerikanisch besetzten Zone gehört. Das besagt, daß, wenn auch die wirtschaftliche Einheit Deutschlands erst Forderung ist, diese Einheit doch im Verlaufe eines Jahres mindestens innerhalb unseres Besatzungsgebietes verwirklicht sein müßte. So sollte man denken, aber jeder weiß, daß dem nicht so ist. Bayern hat Ausfuhrverbote und sogar Einfuhrverbote. Bayern stellt eine „Inlandswurst“ her, die nur in Bayern verzehrt werden darf und „Exportwurst“, die für die abhängigen „Nachbarstaaten“ Württemberg und Baden bestimmt ist. Das können wir uns nicht ganz erklären. Die Zuteilungen in der amerikanischen Zone sollen an-

geblich überall gleich sein. Trotzdem verstehen wir noch, daß, bedingt durch die örtlichen Verhältnisse, in Bayern mehr Käse ausgegeben wird. Ganz und gar verstehen wir aber nicht, warum dort ein Verkauf von Leberkäse auf halbe Fleischmarken möglich ist. Nebenbei ist dieser bayerische Inlands-Leberkäse auf halbe Fleischmarken von weitaus besserer Qualität, als der bei uns für die vollen Fleischmarken erhältliche. Man sollte sich doch bemühen, dieses Erzeugnis auch außerhalb der Grenzen der monarchistischen Demokratie Bayern der Bevölkerung zugänglich zu machen.

**Unsere Auflage ist klein.**

**Nach der Lektüre das Blatt weitergeben!**

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kampf für die Erringung dieser großen Zugabe geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei: Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede, um den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek



## Die einzige Lösung: positive antifaschistische Politik!

**Bemerkenswerte britische Stimmen zum Wiederaufleben der Reaktion in Deutschland.**

Aus der Zeitschrift „Searchlight on Germany“ — —

Es liegen zahlreiche Berichte vor über nationalsozialistischen Terrorismus und Werwolfaktionen. Die älteren und verantwortlichen Nazis haben andere Aufgaben: in die Verwaltung einzusickern, sich bei der Besatzungsmacht beliebt zu machen und den einen Alliierten gegen den anderen auszuspielen. Immerhin treten diese Nazis gelegentlich offen in Erscheinung.

Der Faschismus in Deutschland ist nicht tot. Die Freunde des Faschismus in anderen Ländern sind eifrig dabei, in diesen trüben Gewässern zu fischen. Wenn jetzt nicht eingegriffen wird, wird die nationalsozialistische Untergrundbewegung in Deutschland sich von dem Elend und Hunger des deutschen Volkes nähren. Ein neues Krebsgeschwür wird sich in Europa bilden und das britische und amerikanische Volk werden sich gezwungen sehen, ihre Menschenkraft und ihr Geld auf Generationen hinaus herzugeben, um eine Wiedergeburt des deutschen Militarismus zu verhindern.

Es gibt eine und nur eine Lösung dieses ersten Problems. Der Faschismus in Deutschland kann nur durch eine positive antifaschistische Politik vernichtet werden. Solange Nazis oder Nazifreunde in wichtigen Stellungen in der Alliierten Verwaltung bleiben, werden die unterirdischen Naziorganisationen neuen Auftrieb erhalten. Wir müssen Schluß machen mit der gefährlichen Politik, unsere Kraft auf die Verhinderung der sozialistisch-kommunistischen Einheit zu konzentrieren, während der Nationalsozialismus unter anderen Augen wächst. Eine vorbehaltlose antifaschistische Politik in Westdeutschland ist eine der ersten Bedingungen für die Sicherheit des britischen Volkes und für den Frieden der Welt.

Bestellungen der

### Badischen Volksstimme

nehmen alle Postanstalten, Postagenturen, Briefträger und Landpostboten entgegen. - Monatsabonnement: 0.50 RM zuzügl. Zustellgebühr.

## Gestapo-Agent in Wertheim am Main entdeckt

Vor ungefähr einem Jahr kam ein gewisser Fritz Jähniechen nach Wertheim am Main. Er wurde von Herrn Pfarrer Schmidt als Leiter des Altersheims empfohlen und stieg in schneller Folge zum Stadtsekretär, Oberhaupt des Flüchtlings-sammellagers und zum Berater des CDU-Bürgermeisters Hoog in Wertheim a. M. empor.

Jähniechen, der früher in Frankfurt am Main wohnhaft war, ist ein berüchtigter Gestapo-Agent, der während der Nazi-Zeit allein im Jahre 1934 über 20 jugendliche Antifaschisten den Nazihenkeln ausgeliefert hat. Nach langem Suchen ist es jetzt einigen seiner Opfer gelungen, ihn in Wertheim a. M. ausfindig zu machen, und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten, die ihn seiner gerechten Strafe zuführen wird.

## Wo bleibt das Obst? Hoffko — Marmelade

Die Kirschenernte ging vorüber, ohne daß die Bevölkerung viel mehr als ein Pfund Kirschen zugeteilt bekam. Inzwischen sind Erdbeeren, Johannisbeeren, Stachelbeeren, Pflaumen gereift, ohne daß die städtischen Verbraucher etwas davon zu sehen bekamen. Wo ist das Obst geblieben? Unter den Hausfrauen geht zwar das Gerücht, die Amerikaner hätten alles für ihren Bedarf beschlagnahmt. Es scheint uns aber, daß dieses Gerücht bewußt lanciert und gefördert wird von jenen Kreisen, welche genau wissen, in welche dunklen Kanäle die diesjährige Obsternte „abgezweigt“ wurde.

Die für die Erfassung und Verteilung der Lebensmittel und somit auch des Obstes Verantwortlichen müssen unseres Erachtens schnellstens Abhilfe schaffen und unter Heranziehung von Kontrollorganen der Bevölkerung dafür Sorge tragen, daß die restliche Obsternte nicht von gewissenlosen Schiebern und Saboteuren der Volksernährung der Bevölkerung unserer ausgebauten Städte entzogen wird.

Bei der Firma Rheinschiffahrt Fendel, Mannheim lagern seit April dieses Jahres in Block 1 650 Eimer Marmelade und in Block 2 748 Eimer Marmelade, die der Firma Hoffko gehören. Mehrfach wurde die genannte Firma darauf hingewiesen, daß die Marmelade schon stark im Verderb begriffen ist, aber es ist bis jetzt noch nichts geschehen, angeblich, weil die Militärregierung die Sachen nicht freigibt. Nun, wir wissen ja, daß die Militärregierung für allerhand Dinge herhalten muss. Nahezu bei jeder zweifelhaften Sache, sei sie politischer oder sonstiger Natur, kann man mit ziemlicher Sicherheit hören: „Die Amerikaner haben das so angeordnet“, usw. Wir halten es für unerlässlich, daß sich die zuständige Stelle, unseres Erachtens das Landeswirtschaftsamt, schnellstens um diese Waren bemüht, bevor sie durch weiteren Verderb und vor allen Dingen weiteren Ver-„Schwund“ der Bevölkerung Mannheims entzogen werden.

## Aus dem Mannheimer Landesgefängnis

Viele Leser haben durch unseren Artikel mit Entrüstung von den Zuständen im Landesgefängnis Kenntnis genommen. Endlich wird auch einmal von Vorgängen in einer Behörde gesprochen, welche viele Antifaschisten aus eigener bitterer Erfahrung kennen. Und mit Erstaunen stellen sie fest, daß sich in einer Institution wie der Strafvollzug, für den die Alliierten ganz besondere Vorschriften erlassen haben und der besonders eingehend gesäubert werden muß, die Reaktion im Gewand des Bürokraten nach wie vor breit macht und ihre Stellung aufbaut.

Erfreulicherweise hat unsere amerikanische Militärregierung auf unseren ersten Artikel bereits reagiert und sich des Falles der langjährigen Aufsichterin angenommen, welche unter nichtigen Vorwänden entlassen wurde. Als diese Frau einmal auf das Büro des Herrn Verwaltungsamtmanns Arnold, des jetzigen Leiters der Anstalt, gerufen wurde, verlangte dieser, daß sie vor ihm stramm stehen solle. Sie lehnte dies natürlich ab. Auch an den kürzlich entlassenen Aufseher stellte Arnold dieses Ansinnen, welcher ebenfalls ablehnte. Auch er ist nun entlassen.

Herr Direktor Arnold denkt wohl, er befinde sich noch im Elsaß, wo er während des Krieges die Beamten der Strafanstalt Hagenau dem preußen-deutschen Strafvollzug gleichzuschalten hatte und dies so zur Zufriedenheit seiner nazistischen Auftraggeber durchführte, daß ihm diese Aufgabe die Beförderung vom Oberinspektor zum a.o. Verwaltungsamtmann nebst einem Orden einbrachte.

Wenn wir uns nicht täuschen, sind gemäß einer Anordnung der Alliierten gerade Beamte, welche während des Krieges in den von Hitlerdeutschland besetzten Gebieten öffentliche Funktionen innehatten, ganz besonders unter die Lupe zu nehmen. Wir wissen nicht, ob dies bei Herrn Direktor Arnold noch vorgesehen ist. Hatte er während seiner Tätigkeit im Elsaß die Aufgabe, Beamte auszuschalten, welche nicht die genügende Sympathie für Nazideutschland und den preußischen Arbeitsstil im Strafvollzug aufbrachten, so betreibt er heute in enger Zusammenarbeit mit dem Verwal-

tungsoberinspektor Kammerer, einem ehemaligen Zahlmeister des 1. Weltkrieges, ebenfalls eine Personalpolitik, welche nicht die Zustimmung aller Antifaschisten und ehrlichen Demokraten finden dürfte. Einige Opfer sind schon gefallen. Weitere werden folgen, und man hat es ihnen schon zart angedeutet. Die zur Entlassung Vorgesehenen — nicht etwa Pg's, selbst Pg's seit 1933 sitzen noch fest im Sattel — sind alle bereits festgelegt und die Eingeweihten wissen bereits im voraus, wer als nächster an die Reihe kommt.

Es ist ein schlechter Dienst, der in dieser Anstalt der Demokratie geleistet wird. Der Geist, der hier herrscht, kommt in der Auswahl des neuen Personals zum Ausdruck. Pg's der verschiedensten Eintrittsdaten versehen noch fröhlich ihren Dienst, Pg's, ja kürzlich sogar ein SS-Mann aus Reilingen, werden eingestellt, und nur die Wachsamkeit der Militärregierung konnte es bisher verhindern, daß diese Elemente nicht festeren Fuß fassen konnten. Wird hier nicht besser durchgegriffen und endlich einmal tabula rasa gemacht, so wird unvermeidlich eines Tages die Reaktion wieder in schönster Blüte stehen und das Feld beherrschen.

### Wir bitten unsere Leser

um Zuschriften  
Ratschläge  
Kritik  
Berichte  
Meinungen  
Mitarbeit

Unsere Adresse:

Redaktion der „Badischen Volksstimme“, Mannheim, S 3, 10

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561. Mannheim, S 3, 10 | Auflage 35 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.